

Weltbank stoppt Subventionierung von Billigschulen – ein Kommentar aus aktuellem Anlass

Im April 2020 verbreitete die internationale Abteilung der *Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW)* die Nachricht, die *International Finance Corporation (IFC)*, eine Tochter der *Weltbank*, stelle einstweilen die finanzielle Förderung privater kommerzieller Schulen in Entwicklungsländern ein und feierte diese Entscheidung als Erfolg jahrelanger Kampagnen und Proteste gegen die Privatisierungsoffensiven der Weltbank im Bildungswesen. Zur Erklärung: Die IFC gehört mit anderen Institutionen zur sogenannten Weltbank-Gruppe, in der Regel zusammengefasst als „die Weltbank“; sie wurde 1956 gegründet und ist für privatwirtschaftliche Investitionen in den sogenannten Entwicklungsländern zuständig.¹

Die folgende Rekonstruktion der Informationskette von der GEW zurück bis zur Weltbank-Verlautbarung gibt einen Einblick in die nationale und internationale Lobbyarbeit gewerkschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Instanzen für die Verteidigung des kostenlosen Zugangs zu Bildung als universales Bürgerrecht im Rahmen öffentlicher Bildungssysteme. In meinem Beitrag sehe ich dies als *Alltags- und Professionswissen* in Handlungsfeldern der *internationalen Bildungspolitik*, unter der Prämisse, dass Studium und Lehre der VIE (Vergleichende und Internationale Erziehungswissenschaft) solche Handlungsfelder (außerhalb von Schule und Hochschule) mit im Blick haben sollten.² Die interpretative Kommentierung der (im Internet) öffentlich zugänglichen Dokumente der verschiedenen Instanzen mündet am Ende in die Formulierung einiger *Hypothesen zur Erklärung dieser Abkehr der Weltbank von der Förderung privater und durchaus profitorientierter Schulbildung*, die in anschließenden Forschungen kritisch diskutiert und empirisch überprüft werden sollten. Das hier im Rampenlicht stehende Ereignis – Stopp der Finanzierung kommerzieller Schulen durch die IFC – gehört in den größeren Zusammenhang langjähriger weltweiter Debatten zur *Eigenart und Legitimation öffentlicher vs. privater Akteure im Bildungswesen*, auf die in diesem Kommentar nicht weiter eingegangen werden kann. Die Relevanz dieser Debatte zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die UNESCO ihren nächsten Bildungsbericht, den *Global Education Monitoring Report 2021*, dem Thema „Non-State Actors in Education“ widmet und derzeit zum Einsenden von Beiträgen dazu auffordert.^{3,4}

Wie es der Zufall wollte, erschien die Nachricht, die IFC stoppe die Finanzierung von profitorientierten Privatschulen genau in dem Moment, als ein Aufsatz der Autorin erschien (Adick 2020)⁵, in dem am Fallbeispiel der *Bridge International Academies* in Kenia aufgezeigt wird, dass und wie es „im Verein von nahezu hundert involvierten internationalen zivilgesell-

schaftlichen Organisationen (...) in jahrelangen Protestaktionen, Offenen Briefen und Kampagnen tatsächlich gelungen ist, die im wahrsten Sinne ‚billigen‘ (low-cost) privaten Elementarschulen namens *Bridge International Academies* und deren Förderung durch die International Finance Corporation (IFC) an den Pranger zu stellen“ (ebd., S. 272 f.). Die Aktivisten, wie ich sie hier summarisch nennen möchte, hatten es geschafft, „beim *World Bank's Compliance Advisor Ombudsman (CAO)*, der offiziellen Beschwerdestelle der Weltbank, eine *Beschwerdeschrift*“ einzureichen, die tatsächlich von der Weltbank als prinzipiell zulässig anerkannt wurde und auf die hin eine Inspektionsreise nach Kenia erfolgte, in deren Bericht erhebliche Bedenken geäußert und weitere Untersuchungen angekündigt wurden. „Im April 2019 erschien dann ein *Inspektionsbericht des CAO* über die Inaugenscheinnahme der Situation in Kenia, und im Oktober 2019 erhob der CAO in einem weiteren Bericht explizit *erhebliche Bedenken* hinsichtlich der finanziellen Förderung der Bridge Schulen durch die IFC und kündigte *weitere Untersuchungen* bis ins Jahr 2020 hinein an“ (ebd., S. 273). Meine Darstellung schließt mit den Worten: „Wie sich die Sache letztendlich weiter entwickeln wird, steht also noch aus. Möglicherweise wird die Bridge Schulkette, die (...) die meisten ‚Billigschulen‘ in Afrika unterhält (...) vor dem Hintergrund dieses konzertierten internationalen zivilgesellschaftlichen Engagements (...) tatsächlich diskreditiert werden, was in der Folge dann auch Auswirkungen auf andere billige (low-cost) Privatschulanbieter haben dürfte“ (ebd., S. 273f.).

An diesem Punkt der Schilderung setzt die folgende Rekonstruktion sozusagen nahtlos an. Dies geschieht an den verlautbarten Texten⁶ entlang, angefangen mit der eingangs genannten Meldung der GEW über mehrere Stationen rückwärts bis hin zu einem Brief des Weltbank Präsidenten, der diese Nachrichtenkette von etwa einem Monat Dauer (20.03.–23.04.2020) ins Rollen brachte.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Deutschland: 23.04.2020

Unter der Rubrik „Aktuelles“ veröffentlicht die GEW auf ihrer Webseite die Neuigkeit „Weltbank stoppt Finanzierung privater Billigschulen“.⁷ Dieser prägnante Aufmacher enthält in kleineren Lettern zusätzlich noch die Überschrift „Bridge International Academies“, bevor es mit der Botschaft weiter geht: „Nach massiver internationaler Kritik stellt die Weltbanktochter IFC die finanzielle Förderung privater Grund- und Sekundarschulen in Entwicklungsländern vorerst ein. Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe begrüßt die Entscheidung.“

Darunter folgt eine weitergehende Erläuterung, verfasst von Manfred Brinkmann, seines Zeichens GEW-Hauptvorstand, Referent für Internationales und Kommissarischer Leiter des Parlamentarischen Verbindungsbüros der GEW. Das Thema fällt also in einen existierenden GEW-Bereich „Internationales“. Brinkmann präzisiert, um was es geht: „Die International Financial Corporation (IFC) friert ihre Förderung privater Billigschulbetreiber in Entwicklungsländern ein.“ Die Entscheidung folgte, laut GEW-Mitteilung, „auf jahrelange Proteste der Bildungsinternationale (BI) und ihrer Mitgliedsgewerkschaften gegen die Praxis der Weltbanktochter, gewinnorientierte Schulbetreiber wie insbesondere Bridge International Academies zu unterstützen.“ Als Stein des Anstoßes wird angeführt: „Die IFC hatte Bridge International Academies mehr als zehn Millionen US-Dollar für private Schulen in Afrika und die Expansion des Unternehmens auf anderen Kontinenten zur Verfügung gestellt.“ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass gerade die Bridge International Academies seit etlichen Jahren zur besonderen Zielscheibe zivilgesellschaftlicher kritischer Kampagnen geworden sind. Aber auch in der wissenschaftlichen Diskussion wird diese Schulkette immer wieder eigens thematisiert.⁸ Als kritikwürdig erscheint laut GEW-Mitteilung vor allem Folgendes: „Der multinationale Konzern Bridge International Academies gründet gezielt in Armenvierteln afrikanischer und asiatischer Länder gebührenpflichtige Privatschulen. Vor allem Mädchen und Kinder der ärmsten Familien bleiben dabei meist außen vor. Der Unterricht erfolgt durch schlecht bezahlte und oft unausgebildete Lehrkräfte, worunter die Qualität der Bildung leidet. In Uganda und Kenia wurde den Schulen des Konzerns vorgeworfen, staatliche Mindeststandards für die Schulbildung zu missachten.“

Im GEW-Text wird ferner auf eine weitere Reaktion der Weltbank hingewiesen: „Zusätzlich zum Einfrieren kündigte die IFC eine Überprüfung ihrer Investitionen in Privatschulen durch die Independent Evaluation Group (IEG) der Weltbank an. Dem soll eine Konsultation zu den Voraussetzungen künftiger Investitionen in öffentliche Bildung durch die IFC folgen.“ Der Knackpunkt, um den es aus Gewerkschaftssicht geht, ist also die Tatsache, dass Gelder einer Organisation aus dem Spektrum der Vereinten Nationen – der Klassifikation nach eine intergouvernementale Organisation (die idealiter auf der Basis zwischenstaatlicher Vereinbarungen dem globalen Gemeinwohl verpflichtet ist) – dafür eingesetzt wurden, die Expansion privater profitorientierter Schulangebote (zumal schlechter Qualität in armen Ländern) in erheblichem Ausmaß finanziell zu fördern. Einer der Links⁹ bei dieser GEW Verlautbarung verweist als Quelle der Information über die Weltbank-Entscheidung auf die Webseite der Bildungsinternationale (BI) alias *Education International* (EI), der internationalen Dachorganisation von Bildungsgewerkschaften. Damit ist die nächste Etappe der Rückverfolgung der Nachrichtenkette genannt, deren Verlautbarung allerdings bereits etliche Tage früher erfolgt war.

Education International: 09.04.2020

Education International (EI) wurde 1993 gegründet; die GEW gehört zu den Gründungsmitgliedern dieses Dachverbandes von rund vierhundert Bildungsgewerkschaften aus 170 Ländern dieser Welt. Der Hyperlink der genannten GEW-Seite

führt direkt zur einschlägigen Information von Education International zur nämlichen Weltbank-Erklärung, die mit „Teachers' struggles pay off: World Bank to freeze investment in private for-profit schools“ betitelt ist.¹⁰ Sie wurde laut Selbstaussage von Education International am 09.04.2020 online gestellt und am 30.04. zum letzten Mal bearbeitet; eine Autorin bzw. ein Autor ist nicht namentlich genannt.

Die zentrale Botschaft lautet: „Education International welcomes major reform commitment from the World Bank's private sector arm, the International Financial Corporation (IFC), to freeze any investments in private for-profit K-12 schools“. Der Begriff „K-12 schools“ mag nicht überall bekannt sein; er entstammt US-amerikanischer Terminologie und meint das Schulsystem vom Kindergarten bis zur Klasse 12. Education International nennt auch gleich die Quelle für diese ihre „breaking news“; denn es heißt dort erläuternd: „The US House Financial Services Committee yesterday announced that the IFC will freeze on any direct or indirect investments in for-profit primary and secondary schools, with a consultative process to decide on a permanent policy.“ Der Text verweist auf die jahrelange Lobbyarbeit der Organisation: „In letters addressed to the leader of the World Bank, in November 2016, January 2017, April 2017 and May 2018, Education International and its affiliates repeatedly urged the organization to put students before profit and stop their sponsorship of Bridge International Academies (BIA), a for-profit school chain with illegal operations in Africa and Asia.“ Die Organisation feiert die Weltbank-Erklärung daher als Erfolg ihrer Militanz, „as a major win for Education International and its member organisations. It is a result of years of union and civil society campaigning against private for-profit education through the Global Response to privatisation and commercialisation of education campaign and various advocacy efforts.“

Der Generalsekretär von Education International, David Edwards, „welcomes this decision, which has been a core demand from teachers, and hopes it will be permanent.“ Die Weltbank-Entscheidung beweise, so Edwards, wie berechtigt die Grundsatzkritik von Education International und anderen Aktivisten an Privatisierungstendenzen im öffentlichen Bildungswesen sei: „The assumption that private actors would take on public sector obligations with respect to the provision of quality education for all flies in the face of a growing body of evidence, which shows that privatisation does not improve access to, nor outcomes in, education but rather deepens inequality and segregation, denying the right of all children to quality education.“

Ein bebildeter Link zu einem Blog von Brendan DeCoster¹¹, Doktorand an der University of Maryland, unterstreicht das letztere Argument, es gäbe inzwischen genug empirische Evidenz gegen Billigschulen, und zeugt zugleich von den existierenden Querverbindungen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Teilen der internationalen Bildungsforschung, die sich auch namentlich nennen lassen. DeCoster beschäftigt sich mit Bezug auf einschlägige wissenschaftliche Veröffentlichungen kritisch mit dem von der Weltbank entwickelten Evaluationsinstrument zur Analyse der Leistungsfähigkeit nationaler Bildungswesen SABER (Systems Approach for Better Education Results), insonderheit mit SABER-EPS, wobei EPS für „Engaging the Private Sector“ steht. Genau die-

sem Thema – den SABER Aktivitäten der Weltbank – widmet sich eine ausgewiesene kritische Analyse von Steven J. Klees und Mark Gingsburg¹², die auf der Basis eigener universitärer Lehre nach dem Muster „forschendes Lernen“ betrieben wurde. Zur Methodologie ihrer Studie zu SABER heißt es dort (auf S. 51): „This article is the result of deliberations in a semester-long graduate seminar on SABER in the International Education Policy program at the University of Maryland led by Steve Klees and Mark Ginsburg. Eleven students were enrolled, one in a master's program and 10 in the doctoral program, almost all of whom have extensive international experience (...)“; der eben genannte Brendan DeCoster zählt zur Autorenliste dieses Aufsatzes. Es gibt also offenbar, so die Schlussfolgerung, bereits ein recht etabliertes Netzwerk zwischen einigen international aktiven wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Sachen Privatisierungsprotest.

Die Links führen auch zu einem Beitrag, der namentlich von David Edwards, dem Generalsekretär von Education International, stammt¹³; er trägt den Titel „World Bank shifts position on funding for most private-for-profit schools“ und wurde am 09.04.2020 (also am gleichen Tag wie die Eingangsseite, s.o.) veröffentlicht und am 14.04. zuletzt überarbeitet. Edwards Blog steuert einige Einzelheiten bei, die zum nächsten Rekonstruktionsschritt – wie und woher hat Education International die Weltbank Nachricht erhalten? – überleiten. Er beginnt: „In a sudden and far-reaching policy shift, World Bank President David Malpass has agreed to major reforms that include officially freezing any direct or indirect investments in private for-profit pre-primary, primary and secondary schools. This has been a critical issue for Education International for many years and has been the key focus of our interactions with the Bank.“ An dieser Stelle sollte die Charakterisierung des Vorgangs als „plötzlicher und weitreichender Politikwechsel“ der Weltbank im Blick bleiben – in den Augen der Aktivisten das Ergebnis ihrer Aktionen und Lobbyarbeit. Es bleibt zu diskutieren und empirisch zu überprüfen, inwieweit diese Einschätzung zutrifft, oder ob andere Gründe (Förderungsbedarf an anderer Stelle, erwartbarer Rückzug der Schulkette aufgrund sowieso eher geringer Profite oder aus anderen Gründen) zum genannten Weltbank-Politikwechsel führten und wie weitreichend und von langer Dauer dieser tatsächlich sein wird.

Eigens hervorgehoben wird im Blog von Edwards übrigens die Zusammenarbeit von Education International mit Akteuren in Uganda und Kenia. Über den (nur) bei Kenia geschalteten Link kommt man zu einem Beitrag¹⁴ von Sophie Edwards vom 28.10.2019, betitelt mit „Watchdog to investigate IFC support for Bridge private schools in Kenya“, in dem über die Vorgänge um die Beschwerdeführung über die Bridge International Academies von EACHRights bei dem Compliance Advisor Ombudsman (CAO) der Weltbank berichtet wird. Ein Detail des Beitrags von Sophie Edwards besagt: „Bridge had hoped to avoid a CAO investigation by entering a dispute resolution process with EACHRights, but the NGO refused, a spokesperson for Bridge wrote in an email to Devex.“ (Devex ist die Organisation der betreffenden Webseite; laut Selbstbeschreibung: „Devex is the media platform for the global development community“). Mit dem Hinweis auf die Beschwerdeführung unter der Federführung von EACHRights schließt sich nun der Kreis zum eingangs genannten Aufsatz

(Adick, 2020), in dem die Analyse des Fallbeispiels Kenia mit dem Faktum der erfolgreich eingereichten (nicht gleichzusetzen mit erfolgreich entschiedenen) Beschwerdeführung bei Abgabe des Manuskripts beendet werden musste. In der Fortsetzung scheint nun aber die Vermutung nahe zu liegen, dass eben diese Beschwerdeführung aus Kenia den jetzt deklarierten Stopp der IFC Finanzierung zumindest mitbewirkt hat, da sich EACHRights einem mehr oder weniger offenen Beschwichtigungsversuch der Weltbank-Beschwerdestelle widersetzt hatte.

Um auf den Blog Beitrag von David Edwards (Education International) zurück zu kommen,¹⁵ sei dessen Brückenfunktion zum nächsten Rekonstruktionsschritt genannt: David Edwards weist auf die scheinbar von etlichen entwicklungspolitischen Institutionen durchaus akzeptierte Privatisierungswelle hin: „Some national foreign assistance agencies, including the UK's Dfid and USAID as well as private funders joined the parade. It was an ideological and profit-driven attack on public education.“ Neben summarisch genannten nationalen Entwicklungsagenturen und privaten Investoren werden das Dfid (Department for International Development) des Vereinigten Königreichs und die USAID (United States Agency for International Development) hervorgehoben, deren Privatisierungsfreundlichkeit auch in Bildungsangelegenheiten weithin bekannt sein dürfte. Dieses habe sich aber jetzt (d.h. April 2020) geändert: „Two things altered the situation. First, a pro-labour majority was elected in the US House of Representatives in the 2018 mid-term elections. That shifted leadership of key committees to members who were friendlier to trade union views. Second, the COVID-19 crisis required a broad consensus among the House, the Senate, and the White House to adopt a 2-trillion-dollar relief package. The positions of the World Bank evolved in discussions between the House Financial Services Committee chaired by Maxine Waters (D-California), and US Treasury Secretary Steven Mnuchin.“ Also mag die derzeitige Corona Pandemie mit dazu beigetragen haben, Teile der amerikanischen Politik empfänglicher für Gewerkschaftsanliegen zu machen, wozu dann auch die Frage der Billigschulen gehörte. Aber dieser Umstand (die Corona Krise) ist bei der Suche nach den Ursachen für das Einfrieren der Gelder für profitorientierte Schulketten nicht annähernd so bedeutsam wie die Tatsache, dass dieser Sinneswandel der Weltbank offenbar – nur? überwiegend? – aufgrund einer US-amerikanischen Intervention zustande kam. Denn nach der oben zitierten Aussage entwickelte sich die neue Position der Weltbank in Auseinandersetzungen mit dem Finanzministerium der Vereinigten Staaten (und daher vielleicht doch nicht als Folge der Proteste von Education International und anderen?). Die relevanten Akteure aus der US-Regierung – Maxine Waters und Steven Mnuchin – sind jedenfalls namentlich bekannt und ihre Aussagen können im nächsten Rekonstruktionsschritt genannt werden.

US House Committee on Financial Services: 08.04.2020

Die Selbstbeschreibung¹⁶ dieses Ausschusses des US Repräsentantenhauses für Finanzdienstleistungen lautet: „The Committee oversees all components of the nation's housing and financial services sectors including banking, insurance, real estate,

public and assisted housing, and securities. The Committee continually reviews the laws and programs relating to the U.S. Department of Housing and Urban Development, the Federal Reserve Bank, the Federal Deposit Insurance Corporation, Fannie Mae and Freddie Mac, and international development and finance agencies such as the World Bank and the International Monetary Fund ...“.

Das Bezugsdokument¹⁷ für diesen Kommentar ist die Presseerklärung der Vorsitzenden des Ausschusses, Maxine Waters aus Kalifornien, Mitglied der Demokratischen Partei, vom 08.04.2020, in dem es eingangs heißt: „After an agreement on a major World Bank Group reform package advocated for by Congresswoman Maxine Waters (D-CA), Chairwoman of the House Financial Services Committee, and memorialized in a letter from World Bank President David Malpass to Treasury Secretary Steven Mnuchin, Chairwoman Waters signaled her support to authorize the Secretary of Treasury to vote in favor of a \$5.5 billion capital increase for the Bank's private sector arm, the International Finance Corporation (IFC).“ Es geht in der Hauptsache also um eine US-amerikanische Finanzspritze an die IFC. Erst als im Fortgang das „reform package“ weiter spezifiziert wird, taucht das Thema Billigschulen als Teil des genannten Briefes der Weltbank auf: Es handele sich um den Brief des *Weltbank Präsidenten* David Malpass an den *Treasury Secretary* (Finanzminister) Steven Mnuchin vom 20.03.2020, den dieser (Mnuchin) am nächsten Tag (also am 21.03.2020) an die Vorsitzende Waters weitergegeben habe. Darin gehe es um „major reform commitments“ (der Weltbank).

In der Presseerklärung (von Maxine Waters) werden eine Reihe von Reformpunkten namentlich aufgeführt, darunter auch die hier zur Debatte stehende Passage zu den „Billigschulen“: „an official freeze of any direct or indirect investments in private for-profit K-12 schools, followed by an inclusive public consultation process to determine whether there are any exceptional circumstances under which future IFC investments in such schools could be made“.

Über den bei „Letter“ geschalteten Link kommt man dann (endlich) zum Anfang der ganzen Sache, zum Brief des Weltbankpräsidenten Malpass. Bevor dieser erläutert wird, muss noch auf die dazu gehörige Fußnote (in der Presseerklärung von Waters) hingewiesen werden; denn diese stellt klar: „The Committee has redacted two sentences in this letter in order to protect commercially sensitive information in one case, and non-public personnel information in the other.“ Das US-Komitee hat also an zwei Stellen etwas geschwärzt; was – das wird im folgenden Abschnitt geklärt.

David Malpass – Präsident der Weltbank-Gruppe: 20.03.2020

Auslöser der hier kommentierten Informationskette war ein mehrseitiger Brief⁸ von David Malpass (Weltbank Präsident) an Steven T. Mnuchin (US Außenminister), der wie folgt beginnt: „Dear Mr. Secretary, I am writing to respond to requests that the United States has made with respect to strengthening the International Finance Corporation's (IFC) environment and social risk management, transparency and accountability. We appreciate the dialogue between your government and IFC on these important matters that will increase IFC's effectiveness

and accountability and secure the U.S.'s support for the IFC Capital Increase and related resolutions.“ Es werden sodann mehrere Themen (laut den Zwischenüberschriften) angesprochen, darunter die zwei, die hier zur Debatte stehen und die genau jene beiden einzigen sind, bei denen Textstellen – wie gesagt, vom oben genannten US-Ausschuss – geschwärzt wurden: „*Accountability to Communities and the Public*“ betrifft vermutlich die oben mehrfach genannte offizielle Beschwerde Kenias über die Bridge International Academies und den nachfolgenden (bis dato noch unabgeschlossenen) Review Prozess.

Malpass schreibt, die Weltbankgruppe sei „committed to strong, public accountability. I am committed to ensuring that the IFC Compliance Adviser Ombudsman (CAO) is a robust, responsive, and independent accountability mechanism that provides an effective forum to consider the concerns and grievances of people and communities affected by IFC's investments, and, where appropriate, to provide remedy to those who are harmed.“ Das würde zur Beschwerde Kenias passen. Im weiteren heißt es: „My office and IFC management will work collaboratively with the Board and a wide range of other stakeholders, including civil society organizations, to ensure a robust and transparent process to give full and fair consideration of the recommendations resulting from the Board-mandated External Review of CAO and IFC's accountability system.“ Hiermit wird explizit die Beteiligung der Zivilgesellschaft eingeschlossen. Ferner sollen offenbar weitere Verzögerungen – wie es scheint, durch Personalquerelen bedingt – vermieden werden: „In addition, it is important to avoid any gap in the leadership of the CAO during the period of the External Review and subsequent Board deliberation of the Review Panel's recommendations. In order to ensure continuity during this period, XXXXX [= geschwärzt], I will announce the launch of the selection process XXXXX [= geschwärzt], as detailed below, no later than June 1, 2020.“ Malpass geht dann noch auf die Modalitäten der Besetzung von Posten in der Beschwerdestelle ein.

„*Investments in Private K-12 For-Profit Schools*“ lautet wie folgt: „We understand that communities and external stakeholders have expressed concerns about investments in private for-profit K-12 schools. In response, we instituted a freeze on direct investments in such schools. Going forward, we will make public on our website our decision to formally freeze investments in private for-profit K-12 schools as a result of these concerns, which will also apply to any advisory and indirect investments through new funds, including with existing clients.“ Damit ist in etwa definiert, was mit Einfrieren gemeint ist, wobei „existing clients“, das heißt z.B. die Bridge International Academies in Kenia und anderswo, aber auch andere kommerzielle Schulketten, mit inbegriffen sind.

Es wird ferner eine umfassende Überprüfung der Investitionspolitik hinsichtlich aller privaten kommerziellen Schulen angekündigt: „We will also request the Independent Evaluation Group (IEG) undertake an evaluation of IFC investments in K-12 private education provision, including impacts on educational outcomes, access, poverty and inequality. This will be followed by an inclusive and transparent consultation process, including the Board, education experts, and civil society, to determine whether there are any exceptional circumstances under which future IFC investments in such

schools could be made without impacting negatively on poverty, inequality, the right to education, or the provision of public education. XXXXX [d.h. die letzten ca. 2,5 Zeilen dieses Themenblocks sind geschwärzt, C.A.]“.

Die in diesem Kommentar vorgestellte dichte Beschreibung der Kommunikationskanäle und Etappen der Verbreitung des Weltbank Beschlusses, die finanzielle Förderung von Billigschulen in Entwicklungsländern einzufrieren, fordert zu weiteren bildungspolitischen Diskussionen und zu wissenschaftlichen Analysen heraus, die sich zu Hypothesen verdichten lassen. Was also verursachte den Sinneswandel der Weltbank:

- Der anhaltende Protest der nationalen und internationalen Bildungsgewerkschaften und vieler anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen gegen Privatisierungstendenzen im öffentlichen Bildungswesen, insonderheit gegen Billigschulen (low-fee schools)?
- Die erfolgreiche Beschwerde kenianischer Aktivisten und ihrer Organisationen gegen die Praxis der in Kenia operierenden Bridge International Academies beim Compliance Adviser Ombudsman (CAO) der Weltbank?
- Die vom Wirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten betriebenen Unterredungen mit der Weltbank über bestimmte Praktiken, darunter auch der Umgang mit CAO Review Verfahren und die Finanzierung von „K-12 For-Profit Schools“?

Oder noch andere Faktoren, die (noch) nicht zum Vorschein kamen? Konsens scheint zu sein, dass das Ereignis eher unerwartet kam, da alle Welt eher davon ausgeht, dass die Weltbank ihre grundsätzlich positive Einstellung zu privatwirtschaftlichen Lösungen auch im Bildungswesen kaum ändern würde. Kippt dieser langjährige Entwicklungspfad der Weltbank nun – zumindest hinsichtlich des staatlichen Regelschulwesens? Die Beantwortung dieser Frage lädt zu weiteren Politikanalysen und Theoriedebatten ein.

In Lehre und Studium werden häufig Praxisbezüge gefordert und das Fehlen von Berufsorientierung wird beklagt. Der hier vorgelegte Kommentar kann daher auch als Einladung zu einer Sensibilisierung für Handlungsfelder in der internationalen Bildungspolitik gelesen werden, zeigt die Abfolge der Verlautbarungen von der Weltbank bis hin zur GEW doch, wie der umstrittene Gegenstand – kommerzielle Billigschulen – bildlich gesprochen: durch verschiedene Hände geht und Akteure bzw. Stakeholder unterschiedlichster Art und Machtbefugnisse involviert: Präsident der Weltbank, US-Außenminister, Abgeordnete, Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene, wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure auf verschiedenen Ebenen. Alle diese haben ihren je besonderen Blick auf das Thema Billigschulen dank ihrer jeweils unterschiedlichen Positionen, Kompetenzen und Einflussnahmen.

Anmerkungen

- 1 Zur Weltbankgruppe vgl. Gareis, S. & Varwick, J. (2003): *Die Vereinten Nationen. Aufgaben, Instrumente und Reformen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 247 ff.
- 2 Die Position der Autorin hinsichtlich komparatistischer vs. internationalistischer Wissenschaftsverständnisse und Gegenstandsfelder sowie unterschiedlicher Reflexionsebenen und Wissensformen der Vergleichenden Erziehungswissenschaft findet sich in der Einführung zu diesem Fachgebiet begründet (Adick 2008, Kap. 2).
- 3 Zugriff am 19.05.2020 https://en.unesco.org/gem-report/non-state_actors; vgl. auch den inhaltlichen Aufriss („concept note“) der UNESCO zum geplanten Weltbildungsbericht 2021 nebst Konsultationsprozess im Internet: Zugriff am 19.05.2020 <https://2021educationreportconsultation.wordpress.com/>
- 4 Eine ausführlichere wissenschaftliche Abhandlung zur Einordnung in Theoriedebatten und Forschungsergebnisse ist für ein Themenheft der ZEP im nächsten Jahr in Planung.
- 5 Adick, C. (2020): Globale Bildungsallianzen in der internationalen Bildungspolitik. In: Binder, U. & Oelkers, J. (Hrsg.): *Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts* (S. 265-282). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- 6 Die genannten Dokumente finden sich auf den jeweils angegebenen Webseiten und wurden bei Abfassung dieses Textes noch einmal kontrolliert (Stand: 15.05.2020).
- 7 Zugriff 19.05.2020 <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/weltbank-stoppt-finanzierung-privater-billigschulen/>
- 8 Vgl. den Überblick von Riep, C. (2019): What do we really know about Bridge International Academies? A summary of research findings. Education International Research, Februar 2019. Zugriff am 17.07.2020 https://issuu.com/educationinternational/docs/2019_ei_research_gr_bia In der Vergleichenden Bildungsforschung sei das World Yearbook of Education 2016 unter dem eingängigen Titel „The Global Education Industry“ genannt (hrsg. von A. Verger, C. Lubienski und G. Steiner-Khamsi), – ein Terminus, der in den letzten Jahren in einer Reihe weiterer Publikationen aufgegriffen und weiterverbreitet wurde.
- 9 Der Text der GEW enthält weitere Argumente und Verlinkungen, auf die jedoch in diesem Kommentar nicht eingegangen wird.
- 10 Zugriff am 17.07.2020 <https://www.ei-ie.org/en/detail/16730/teachers%e2%80%99-struggles-pay-off-world-bank-to-freeze-investment-in-private-for-profit-schools>
- 11 Zugriff am 17.07.2020 https://www.worldsofeducation.org/en/woe_homepage/woe_detail/16527/saberexposed-%e2%80%99cengaging-the-private-sector%e2%80%9d-by-brendan-decoster
- 12 Klees, S. et al. (2020): The World Bank's SABER: A Critical Analysis. *Comparative Education Research*, 64(1), 46–65.
- 13 Zugriff am 17.07.2020 https://www.worldsofeducation.org/en/woe_homepage/woe_detail/16731/world-bank-shifts-position-on-funding-for-most-private-for-profit-schools-by-david-edwards
- 14 Zugriff am 17.07.2020 <https://www.devex.com/news/watchdog-to-investigate-if-support-for-bridge-private-schools-in-kenya-95908>
- 15 Ob es sich bei den beiden Edwards um zufällige Namensgleichheit handelt oder nicht, wurde nicht recherchiert.
- 16 Zugriff am 17.07.2020 <https://financialservices.house.gov/about/>
- 17 Zugriff am 17.07.2020 <https://financialservices.house.gov/news/documentsingle.aspx?DocumentID=406486>
- 18 Zugriff am 17.07.2020 https://financialservices.house.gov/uploadedfiles/malpas_s_ltr_mnuchin_3202020.pdf Hervorhebungen in diesem Brief (Absätze, Fettdruck) werden im Folgenden bei Zitaten daraus nicht übernommen.

Christel Adick

doi.org/10.31244/zep.2020.02.07